

MedienINFO 99 – Donnerstag, 27. Juni 2019

Unterrichtung zur Wohnungslosigkeit

Schneider und Lenzen: NRW-Koalition wird Wohnungslosigkeit intensiver bekämpfen und vorbeugen

Die NRW-Koalition von CDU und FDP intensiviert ihre Anstrengungen zur Bekämpfung und Vorbeugung von Wohnungslosigkeit. Mit der heute vorgestellten neuen Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ sollen gemeinsam mit Kooperationspartnern aus der Wohnungswirtschaft Wohnungsverluste vermieden und wohnungslose Menschen besser und schneller mit Wohnraum versorgt werden. Dazu erklären die gesundheits- und frauenpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion Susanne Schneider sowie der sozialpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Stefan Lenzen:

Susanne Schneider: „Der Verlust der eigenen Wohnung ist einer der härtesten Einschnitte im Leben. Der private Schutzraum, ein vertrautes soziales Umfeld und der Anknüpfungspunkt für viele Dinge des täglichen Lebens gehen damit verloren. Daher muss Wohnungslosigkeit möglichst schon mit präventiven Maßnahmen im Ansatz vermieden werden. Menschen, die auf der Straße leben, sind nicht nur von unzureichenden hygienischen Bedingungen, sondern meist auch von mehreren chronischen Erkrankungen betroffen. Wir wollen daher spezialisierte Angebote für wohnungslose Menschen wie die aufsuchenden medizinischen Hilfen der Mobilen Dienste weiter ausbauen. Zentraler Bestand der neuen Landesinitiative muss vor allem auch eine Verbesserung des Angebots für wohnungslose Frauen sein. Dazu sind bestehende kommunale Unterstützungs- und Hilfsangebote besser zu vernetzen, das Bewusstsein für die Frage wohnungsloser Frauen zu verstärken und die Angebote für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen zu erweitern.“

Stefan Lenzen: „Obdachlosigkeit ist ein zunehmendes Problem. In Nordrhein-Westfalen waren zum Stichtag 30. Juni 2018 mehr als 44.000 Personen als wohnungslos gemeldet. Gerade in den letzten Jahren ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die NRW-Koalition hat daher mit dem Haushalt 2019 die Mittel zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit von knapp zwei auf knapp fünf Millionen Euro erhöht. 2020 sollen noch einmal zwei Millionen dazu kommen. Dann werden im kommenden Jahr fünf Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen als noch 2018. Ebenso hat die NRW-Koalition die Mittel für die Wohnraumförderung aufgestockt, die zu einem beachtlichen Teil in den sozialen Wohnungsbau fließen. Wir nehmen das Thema Wohnungslosigkeit ernst und handeln.“